

## Zwangsvollstreckung - Änderung des unpfändbaren Betrages

Ist Ihr Einkommen gepfändet, können Sie einen Antrag auf Erhöhung des unpfändbaren Betrages stellen, wenn

- a) Ihr notwendiger Lebensunterhalt sowie der für die Personen, denen Sie Unterhalt gewähren, nicht gedeckt ist,
- b) besondere Bedürfnisse aus persönlichen oder beruflichen Gründen dies erfordern oder
- c) der besondere Umfang Ihrer gesetzlichen Unterhaltspflichten, insbesondere die Zahl der Unterhaltspflichten, dies erfordern.

Sie können zusätzlich einen Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung bis zur Entscheidung über Ihren Antrag auf Änderung des unpfändbaren Betrages stellen.

### Voraussetzungen

- Ihr Einkommen ist gepfändet  
Ihr Einkommen ist durch Pfändungs- und Überweisungsbeschluss durch die Gläubigerin bzw. den Gläubiger gepfändet worden. Dabei ist es unerheblich, um welche Art von Einkommen es sich handelt, z. B. Lohn/Gehalt, Rente, Sozialleistungen.
- Es ergeben sich pfändbare Beträge für die Gläubigerin/den Gläubiger  
Ihr Einkommen übersteigt den Ihnen zustehende (Basis-) Freibetrag, sodass an die Gläubigerin bzw. an den Gläubiger die pfändbaren Beträge ausgezahlt werden. Das heißt Sie können nicht vollständig über Ihr Einkommen verfügen.
- Sie haben einen höheren Bedarf als der Ihnen nach § 850c ZPO zustehende monatliche Freibetrag und können dies auch nachweisen  
Sie haben aufgrund Ihrer Unterhaltspflichten oder z. B. aufgrund einer belegbaren Krankheit nachweislich höhere Lebenshaltungskosten.

### Erforderliche Unterlagen

- schriftlicher Antrag auf Änderung des unpfändbaren Betrages  
Sie können den Antrag auch zu den entsprechenden Sprechzeiten in der Rechtsantragsstelle des Gerichts zu Protokoll der Geschäftsstelle stellen.
- Nachweis darüber, dass Ihr Einkommen gepfändet wurde  
Den Nachweis können Sie durch Vorlage des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses oder durch den Beschluss über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über Ihr Vermögen erbringen. Eine Kopie ist ausreichend.
- Personalausweis oder Reisepass mit Meldebescheinigung
- Gehaltsnachweise der letzten 3 Monate und/oder Bescheide über die

jeweilige Sozialleistung, die Sie beziehen

Diese Unterlagen dienen dem Nachweis, dass Sie das entsprechende Einkommen beziehen und dass sich aufgrund der Pfändung für die Gläubigerin/den Gläubiger pfändbare Beträge ergeben.

- Nachweise über Ihre höheren notwendigen Bedarfe bzw. der Personen, denen Sie zum Unterhalt verpflichtet sind

Sind Sie mehreren Personen zum Unterhalt verpflichtet, sind entsprechende Nachweise vorzulegen, auf welcher Grundlage Sie den Unterhalt gewähren (z. B. Heirats- oder Geburtsurkunden) und in welcher Höhe (z. B. durch Vorlage der Kontoauszüge der letzten 3 Monate, wenn der Unterhaltsberechtigte nicht in Ihrem Haushalt wohnt).

Bei höheren Bedarfen aus persönlichen oder beruflichen Gründen sind die entsprechenden (Kosten-)Nachweise, ggf. ärztliche Atteste oder Kontoauszüge, vorzulegen, aus denen sich die höheren Kosten erkennen lassen. Eventuell müssen Sie nachweisen, für welchen Zeitraum Sie einen höheren Bedarf zur Bestreitung Ihres Lebensunterhalts haben.

## Gebühren

Das Verfahren löst keine Gebühren aus.

Es können Auslagen für die Zustellung der Entscheidung an die Beteiligten in Höhe von 3,50 Euro pro Zustellung entstehen gemäß Nr. 9002 Kostenverzeichnis Gerichtskostengesetz (KV GKG).

## Rechtsgrundlagen

- § 850f Zivilprozessordnung (ZPO): Änderung des unpfändbaren Betrages  
[http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/\\_\\_850f.html](http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/__850f.html)
- § 850g Zivilprozessordnung (ZPO): Änderung der Unpfändbarkeitsvoraussetzungen  
[http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/\\_\\_850g.html](http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/__850g.html)
- § 850i Zivilprozessordnung (ZPO): Pfändungsschutz für sonstige Einkommen  
[http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/\\_\\_850i.html](http://www.gesetze-im-internet.de/zpo/__850i.html)
- Tabelle nach § 850c ZPO (Pfändungsfreigrenzen)  
[http://www.gesetze-im-internet.de/pf\\_ndfreigrbek\\_2013/BJNR071000013.html](http://www.gesetze-im-internet.de/pf_ndfreigrbek_2013/BJNR071000013.html)

## Hinweise zur Zuständigkeit

Zuständig ist das Vollstreckungs- oder Insolvenzgericht an Ihrem Wohnsitz bzw. das Vollstreckungsgericht, welches den Pfändungs- und Überweisungsbeschluss erlassen hat oder das Insolvenzgericht, welches das Insolvenzverfahren über Ihr Vermögen eröffnet hat.

## Informationen zum Standort

# Amtsgericht Neukölln

## Anschrift

Karl-Marx-Straße 77/79  
12043 Berlin

## Barrierefreie Zugänge

Der Zugang zur Einrichtung ist bedingt Rollstuhlgeeignet.  
Ein ausgewiesener Behindertenparkplatz ist vorhanden.  
Ein rollstuhlgerechter Aufzug ist vorhanden.  
Ein rollstuhlgeeignetes WC ist vorhanden.

Zugang für Rollstuhlfahrer über das Hauptportal. Bitte benutzen Sie die Gegensprechanlage.

## Öffnungszeiten

Montag: 09:00 - 13:00 Uhr  
Dienstag: 09:00 - 13:00 Uhr  
Mittwoch: 09:00 - 13:00 Uhr  
Donnerstag: 09:00 - 13:00 Uhr

Freitag: 09:00 - 13:00 Uhr

## Hinweise zu geänderten Öffnungszeiten

Zusätzlich Donnerstag von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr für die Info- und Rechtsantragstelle.

Eine Einsichtnahme in das Grundbuch erfolgt nicht in der Infostelle des Gerichts, sondern ausschließlich während der oben genannten Öffnungszeiten in der zuständigen Geschäftsstelle (Grundbucheinsichtenstelle).

## Nahverkehr

U-Bahn Rathaus Neukölln: U 7  
Bus Erkstraße: M 41  
Bus U Rathaus Neukölln: 104, 167, N7, N 94

## **Kontakt**

Telefon: (030) 90191-0

Fax: (030) 90191-122

E-Mail:

<http://www.berlin.de/gerichte/amtsgericht-neukoelln/kontakt/artikel.385826.php>

## **Zahlungsarten**

Am Standort kann nur bar bezahlt werden.

PDF-Dokument erzeugt am 27.01.2022